

Die Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteleuropa

Ercheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Exemplare des Blattes betragen in Stadt und Land 300.000 Exemplare, durch die Post bei jeder Zustellung monatlich Mark 300.00, in den Postgebieten abgesehen für 370.000 monatlich. Die Abgabepreise für den Abnehmer betragen in Stadt und Land 300.00, im auswärtigen Verkehr 370.00. Bestellungen des Blattes sind zu richten an die Verlagsanstalt, Halle a. S., Postfach 1000. Der Preis für den Abnehmer beträgt 300.00, im auswärtigen Verkehr 370.00. Bestellungen des Blattes sind zu richten an die Verlagsanstalt, Halle a. S., Postfach 1000. Der Preis für den Abnehmer beträgt 300.00, im auswärtigen Verkehr 370.00.

10 Jahre Zuchthaus für die Scheidemannattentäter

Einführungstexte des französischen Botschafters in Berlin: Programm oder Thraße? Das amtliche Amerika gegen die französische Drohpolitik — Raslosigkeit in Laufanne.

„Fanatiker der Wahrheit...“

Berlin, 5. Dezember. Der Reichspräsident empfing heute den neu ernannten französischen außerordentlichen Bevollmächtigten, Botschafter Jacquin de Margerie, zur Entgegennahme des Begrüßungsgesandten. Der Botschafter hielt folgende Ansprache: „Eurem Vaterland bei der deutschen Republik zu vertreten, wird es mir am Herzen liegen, nichts zu unterlassen, um die Absichten meiner Regierung zu verwirklichen, die darauf abzielen, in friedlicher Arbeit an der Aufrechterhaltung (Aufrechtz.) d. Rep.) ihrer politischen und wirtschaftlichen Stabilität Europas mitzuwirken, die allein nach der großen Erfahrung der Nationen in die Lage versetzen kann, in gegenseitigem Vertrauen ihren Entwicklungsgang wieder aufzunehmen. Alle meine Bemühungen werden darauf gerichtet sein, inmitten des deutschen Volkes den Beweis für den aufrichtigen Wunsch meiner Regierung zu liefern, daß zwischen Frankreich und Deutschland im Rahmen des Friedensvertrages, der die Voraussetzungen ihres Verhältnisses wieder ander geregelt hat, die Beziehungen wieder hergestellt und entwickelt werden, die für das Emporwachen und den Fortschritt dieser neuen Welt unentbehrlich sind, von welcher die Geschichte erwartet, daß sie noch mehr als ihre Vorgänger zum Triumph der Zivilisation und zur Herrschaft der menschlichen Gerechtigkeit beitrage. Für die Erfüllung dieser hohen Aufgabe bringe ich neben jenem lebensfähigsten Wahrsinn mit jenem entschlossenen Nachhaken bei, mit dem Sie glauben. Mit Genugtuung nehme ich die Wünsche entgegen, die Sie Deutschland und mir aussprechen. Geien Sie versichert, daß die Reichsregierung alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um Ihre hohe Aufgabe zu erleichtern und jene Stabilität der Verhältnisse herzustellen, die Sie mit Recht als das Ziel der Gegenwart betrachten. Jener Sinn für Maß und Gegengewicht, der in Ihrem Sinne erwachert, wird das entscheidend mitzuwirken haben, und Ihre Worte verbergen mir, daß Sie kurzfristig bemüht sein werden, an der Behebung der Geister mitzuwirken, die unsere beiden Völkern zu bringend tun.“

Die Lausanne Verhandlungen.

Gefangenenaustausch und die Regelung der türkischen Schulden. Lausanne, 6. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) An der Frage des Gefangenenaustausches hat die Angora-Regierung gar keine Interesse daran, jetzt einen Gefangenenaustausch vorzunehmen, wenn Griechenland darauf bestünde, den Austausch in Konstantinopel vorzunehmen, während die Türken die griechischen Gefangenen einfach abtransportieren wollen. Das wiederum wollen die Griechen und Engländer nicht zulassen, weil sie befürchten, daß die Türken die griechische und britische Konsuln, mit denen sie sich abgeben, werden können. Die heutigen Verhandlungen sind sehr verhalten und geben wieder etwas Hoffnung auf eine baldige und friedliche Regelung. Die finanzielle Unterkommission arbeitete an einem Plan für die Beteiligung der osmanischen Schulden. Man einigte sich im Prinzip dahin, daß die Türkei sehr große Schritte gemacht werden, die 30 Proz. der Schuld betragen sollen. Der zweite Schritt besteht darin, daß man die griechischen, keine Schwierigkeiten, dagegen weigern sich die Mandatsgebiete über Syrien und Palästina, nämlich England und Frankreich, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. England macht keine Einwilligung von der Entscheidung in der Meeresschiffahrt abhängig, und Frankreich fühlt sich in dieser Hinsicht an England gebunden und schließt sich ihm an. Die Verhandlungen über diese Frage werden morgen fortgesetzt werden. Der von der Konferenz eingeführte Austausch für die Schulden der Türkei türkischen Gesellschaften mußte sich ohne Ergebnis verzagen.

Lausanne, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der heilige Stuhl hat ein Geheiß an die Konferenz von Lausanne gerichtet, in dem er folgende Punkte enthält: Der heilige Stuhl erhält eben jetzt von den Nachrichten aus Konstantinopel. Die Eränen sind von einer Panik ergriffen. Jedoch ist die Situation, die läßt, noch absehbarer, diejenige, die weder die Möglichkeit noch die Mittel zur Beseitigung. Sowie die die Stadt verlassen wollen, müßte sie fortgesetzt werden, nicht wieder zurückzuführen. Ihre Güter werden beschlagnahmt. Das Eigentum der Europäer und der religiösen Kongregationen ist der größten Gefahr ausgesetzt. Man befürchtet das Eintreten von irregulären Banden mit ihren verhängnisvollen Folgen. Die Armenier, die keine Unterstützung haben, sind noch größeren Gefahren ausgesetzt als die anderen. Sie sind die Opfer eines wahren Terrors. In dem der heilige Stuhl diese Schritte der Konferenz, die in Konstantinopel, um den Frieden möglich wiederherzustellen. Die Armenier, die keine Unterstützung haben, sind noch größeren Gefahren ausgesetzt als die anderen. Sie sind die Opfer eines wahren Terrors. In dem der heilige Stuhl diese Schritte der Konferenz, die in Konstantinopel, um den Frieden möglich wiederherzustellen.

Ein offener Brief Nittis an Clemenceau

Berlin, 6. Dezember. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht heute einen offenen Brief des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Nittis an Clemenceau anlässlich seiner Propaganda-Reise durch die einigten Staaten. Dieser Brief, der heute auch in mehreren anderen deutschen Blättern der alten und neuen Welt erscheint, verdient vor allem nach dem heftigen, teilweise heftigen, weil Nittis die in überzogenen und überausgehenden Rede mit Europa. Die ganze laubhafte Erklärung

ber verhehlten europäischen Politik vor und nach 1918 sei nicht mit unüberlegten Beweisen darlegt, daß der Vertrag von Versailles und die darauffolgenden Verträge die absolute Vereinnahmung jener Prinzipien befestigen, die im Vertrag von Versailles im Jahre 1919 durch die Weltöffentlichkeit ein Jahr später in seinen 14 Punkten formuliert. Die Vertragserfüllung hätte die Systeme angewandt, die die Deutschen angeht haben, und es wäre ein Minister Clemenceau gewesen, der die deutsche Entschädigung auf 10 Milliarden festsetzte. Der zweite Punkt des Vertragserfüllung war, die deutsche Nation zu erklären. Schließlich wird Clemenceau erwähnt, daß er zu der großen amerikanischen Demokratie von dem Nittis sprach, zum Frieden zu gelangen. Wenn der amerikanische Minister bereits vorliegende Clemenceau das bekanntlich auch unterlassen hat, so wird der Nittis vielleicht neben anderen noch das eine beibringen, das die noch schwebenden Streitigkeiten des amerikanischen Subjektivs zu einer vernünftigen, d. h. in diesem Falle zu einer antilettenschen europäischen Aufstellung gelangen.

Hughes gegen Gewaltpolitik.

London, 6. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Staatssekretär Hughes hat, wie in politischen Kreisen verlautet, durch den englischen Botschafter in Amerika der englischen Regierung mitteilen lassen, daß Amerika zu der bevorstehenden Brüssel Konferenz sich zurückhalten wollen, nicht angeht, das peinlich Eintrudeln, das die bisher befähigter wordenen französischen Pläne auf die amerikanische Regierung gemacht haben. Man würde England bei der Lösung der Reparationsfrage nur dann unterstützen können, wenn diese nach freibleibenden wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolge. In politischen Kreisen glaubt man, daß die Reise des englischen Botschafters in Berlin nach London im Zusammenhang mit der amerikanischen Mitteilung steht.

London, 5. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Das englische Kabinett hat nunmehr die offizielle Zusage des italienischen und belgischen Ministerpräsidenten für die Teilnahme an der Londoner Besprechung erhalten. Nach dem Pariser „Times“ Korrespondenten steht die französische Regierung auf dem Standpunkt, daß von der Brüsseler Konferenz wenig zu erwarten sei, wenn bei den Londoner Verhandlungen nicht eine Einigung über folgende demografische Punkte erzielt werde: 1. Einjährige Festlegung der Höhe der deutschen Schuld 2. Zahlungsverhältnisse, 3. Verteilung der Zahlungen unter die Alliierten, 4. Liquidation der gegenseitigen alliierten Schulden, 5. Wiederherstellung der deutschen Finanzlage unter alliierte Kontrolle, 6. Aufbringung einer internationalen Anleihe 7. Maßregeln für den Fall einer deutschen Nichterfüllung. Aus Paris wird weiter gemeldet: Der amerikanische demografische Konferenz, einer der intimsten früheren Mitarbeiter Wilsons, der von einer längeren Reise durch Deutschland hier eingetroffen ist, erklärte einem Journalisten, daß innerhalb sechs Monaten sich das Schicksal Deutschlands entscheiden werde, wenn nicht eine schnelle Lösung der Reparationsfrage herbeigeführt werde — Amerika sei bereit, dazu beizutragen — 10 werde eine wirtschaftliche Katastrophe von unvorstellbaren Folgen über Europa hereinbrechen.

Frankreichs Plan für London.

London, 6. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Das Programm der Londoner Konferenz ist noch immer sehr gering. Die Engländer waren darauf, den Plan Frankreichs Deutschland gegenüber zu hören, weil sie der Ansicht sind, daß es hauptsächlich ein französisches Problem ist und daß es daher bei den Franzosen liegt, einen bestimmten Plan auf der Konferenz für die Besprechung zu legen. Die bisherigen Regierungsmänner haben — angeblich — keine Ahnung, worin der französische Plan besteht, wenn man abseht von den inspirierten Forderungen aus Paris, die darauf hindeuten, daß die Franzosen wünschen, England möge ihre Schulden erlassen und Deutschland Geld gegen siehen, damit es die französischen Reparationen bezahlen kann. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß diese Pläne sich immer vergrößert werden muß, aber sie der britische Staatsrat zu lösen wird. Man möchte wissen, was Frankreich als Gegenleistung zu wollen, wenn es Frankreich wieder auf die eigenen Füße stellt und vor der Notwendigkeit bewahrt wird, sein eigenes Volk zu befeuern. Französische Konzeptionen im Orient sind als Gegenstände daher gar nicht unmaßgeblich.

Die „böse Minderheitsfrage“.

Das serbische Kabinett Politik ist zurückgetreten. Der Grund des Rücktritts ist der, daß er der Minderheitsfragen nicht Herr werden konnte. Wie alle neugetriebenen Staaten hat auch der jugoslawische Staat sich an Vorkäufen gemeldet, die wie die früheren Kroatien, nichts mit ihnen zu tun haben wollten. Es spielt sich in Jugoslawien bereits Kampf ab, der in Polen, in Rumänien, in der Tschechoslowakei beobachtet werden kann.

Die Todesstrafe gegen Kadoslawow beantragt

Paris, 6. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die „Times“ melden aus Sofia, daß in dem Prozeß gegen die früheren liberalen Minister Kadoslawow, Lontschoff und Dimichoff der Vertreter der Anklage die Todesstrafe beantragte. Die genannten Minister wurden vor einem Jahre unter der Anklage verhaftet, Bulgarien in einen Krieg verwickelt zu haben.

Das Bild des Scheidemannprozesses

Der zweite große politische Prozeß vor dem Staatsgerichtshof ist vorüber. Auch diesmal, wo es sich um die Befragung eines Norddeutsches gegen eine heranzogende Persönlichkeit aus dem letzten Kreis der jungen deutschen Republik handelte, hat der neu eingerichtete Staatsgerichtshof mit großer Umsicht und mit achtunggebender Würde seines Amtes gemaht und für den unbedeutenden Willen zu höchster Gerechtigkeit gesorgt. Aber auch diesmal, wie im Rathenau-Prozeß, bleibt doch ein Gefühl des Unbefriedigtseins für den Beobachter des Prozeßverlaufes. Auch im Scheidemann-Prozeß ist nicht gelungen, was im Rathenau-Prozeß als negatives Ergebnis gesucht werden mußte. Es ist zwar gegen die Täter ein Urteilspräzedenz ergangen, der an ihnen jetzt ihre verbrochenen Handlung abhandelt, aber es war auch diesmal nicht möglich, Licht zu bringen in das Dunkel, das über den eigentlichen Quellen des Verbrechens, über den Kreisen, in denen solche Taten geschehen und angehtigt und aus denen die Mittel dazu bereitgestellt werden, noch immer liegt. Ebenso wie im Rathenau-Prozeß hat man auf der Anklagebank unzweifelhaft junge Menschen sitzen, deren Vergehen entweder vom tragischen Verhängnis oder nach Verhaftung erfüllt waren und immer wieder den Einbruch erwarteten, daß sie von vornherein eingekerkert und von einer für die Angeklagten maßgebenden Stelle verurteilt waren. Die Aussagen und die Antworten der beiden Hauptangeklagten Suhrer und Deschlagger haben ebenso wie die meisten Aussagen der Angeklagten im Rathenau-Prozeß ein erschreckendes Bild von geistiger Unreife, politischem Verstandeslosigkeit, nationalstiller und antimilitärischer Korruption und von überaus beherrschenden politischen Bedürfnissen entrollt. Das müssen die meisten sich aufgeblähten Thesen wie die von der Beratung durch Götze, die sich nachher als das Ergebnis einer Partei Schundschlichtung herausstellte. Auch diesmal wieder, wie im Rathenau-Prozeß, zeigte das Mangelnde der Zeugen, insofern der anwesenden wie der geschätzten, deutlich auf ganz bestimmte Kreise, je es letzten immer wieder dieselben Namen, die eines Tiffens, eines Alfred Günther und anderer aus dem Rathenau-Prozeß verdinglicht gewordener Persönlichkeiten wieder. Dabei sind nicht so sehr diese einzelnen Erscheinungen von Bedeutung und von Interesse als vielmehr die große Gemeinsamkeit, zu der sie entweder gehören oder der sie nachsehen, und der man auf den Spuren aller politischen Wortdämonen und Wortpflaumen gegen führende Männer der Republik immer wieder begegnet, der Organisation Confus. Auch diesmal ist es nicht gelungen, die Fäden klar herauszulegen, die Zusammenhänge zu erkennen, die zwischen jener Organisation und dem Treiben der Mördergruppen bestehen, und in dieser Aufgabe liegt das Unbefriedigende an dem Ergebnis des Scheidemann-Prozesses. Denn ohne diese Zusammenhänge nicht erkannt hat, ohne man nicht das Wesel an der Wurzel zu fassen vermag, muß die Befragung noch bleiben, daß sich für neue verbrochenen Taten die Mittel und angehtigt der Vorbereitung gewisser Kreise unter Jugend auch die bereiten Hände finden. Man kann nur dringend wünschen, daß das Verfahren gegen den Leiter der Organisation C, den nun endlich in voll genommenen Korrekturentitäten Ehrhardt so gründlich vorbereitet und so langfristig durchgeführt wird, daß die hier sich bietende Gelegenheit zum Einbringen in jene dunklen Zusammenhänge endlich zum Erfolg führt.

Der Prozeß gegen Suhrer und Deschlagger hat endlich mit der bald nach dem Urteile aufzulegenden und beiseitegerückten von der deutschen Presse endlich genärrigen Besatz überdauert, als habe es sich bei dem Ueberfall auf den Kasseler Überbrückemeister um nichts anderes gehandelt als um einen Dummengemessenen. Man erinnert sich der spöttisch-geheißenen Rede von der Richterpraxis, die in deutschlandischen Kreisen unter lauten Gelächter fortgesetzt wurde. Man erinnert sich daran, daß die „Deutsche Tageszeitung“ gegen Scheidemann den Angriff erhob, wenn er mit seinem Notwehrschuß einen der Angreifer getroffen hätte, lo hätte er sich eines Totschlages schuldig gemacht, und man fragt sich, wie die Verbreiter solcher Darstellungen wohl die Aussagen der Sadverurteilten in Leipzig aufgenommen haben. Denn hier war abolut einwandfrei die Tatsache festzustellen, daß nur ein glücklicher Zufall den tödlichen Ausbruch des Attentats vereitelt hat, und auf einen solchen tödlichen Erfolg ist es bei Attentaten und ihren Folgen verhängnisvoll, deren Verhängnis über die Organisation O bis nach dem Überbrückemeister hochverbreitet, bis nach Ungarn hinuntergekommen, ohne Zweifel angefallen. Zusammenfassend ist über das Bild des Scheidemann-Prozesses noch einmal zu sagen, daß es ebenso wie im Rathenau-Prozeß den Tätern gegenüber das Recht zu harter Wirkung gebracht hat, daß es aber die geistigen Urheber, die eigentlichen Schuldigen, nicht zu erfassen vermochte, und daß

